

Die Regierung erklärt sich mit dem Einbezug der Schweiz in die deutsch-liechtensteinischen Gesprächen wegen der Pressekampagne gegen Liechtenstein einverstanden

Amtsvermerk, vermutlich des Regierungschefs Josef Hoop[1]

24.4.1933

Die Ges[andtschaft] Bern telephoniert, dass das Politische Departement sich hinsichtlich der an Deutschland gerichteten Note mit der Einladung an die deutsche Regierung zum Studium der liecht. Verhältnisse hierher zu kommen, in der Form nicht weiterleiten könne. Nachdem die Schweiz die Aussenvertretung Liechtensteins hat, müssen sie Gewicht darauf legen, bei den Besprechungen teilzunehmen und es sollten die Verhandlungen deshalb entweder in Berlin oder in Bern geführt werden.

Ich erklärte darauf, dass wir zwar auf einer Besichtigung des Landes Wert legen, dass dies der deutschen Regierung mitgeteilt werde, im übrigen aber, nur um die Sache zu beschleunigen, wir einverstanden sind, wenn in Bern die Anfangsverhandlungen geführt werden. Wenn die Deutschen nicht nach Bern kommen können, so letzten Endes in Berlin unter Zuzug des Gesandten [Paul] Dinichert.

[1] LI LA RF 131/409/023. Die Note an die deutsche Reichsregierung erging dann am 5. Mai 1933. Siehe LI LA RF 131/409/032.

Originaldokument



Im Text erwähnte Personen

Dinichert Paul, Schweizer Diplomat,
Hoop Josef, Dr. phil. Dr. iur.,
Regierungschef, Landtagspräsident

Im Text erwähnte Körperschaften

Themen

Rotterüberfall